

Beschluss der Bundeskonferenz 2026

Solidarität mit Rojava und Rojhilat. Klare Haltung gegen Unterdrückung und Gewalt

Antragstellende: BDAJ Bundesvorstand und BDAS Bundessprecher*innenrat

Die Bundeskonferenz des Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) beschließt:

Der BDAJ bekräftigt seine uneingeschränkte Solidarität mit den Kurd*innen in Rojava und Rojhilat sowie mit allen unterdrückten Menschen in Syrien und im Iran.

Der BDAJ steht auf Grundlage alevitischer Werte für Humanismus, Gleichberechtigung, Säkularität, Frieden, Solidarität und Menschenwürde. Als pazifistischer, demokratischer, antifaschistischer und antirassistischer Jugendverband lehnen wir religiösen Fanatismus, autoritäre Herrschaft, Nationalismus, Militarisierung und Gewalt jeglicher Art entschieden ab.

Aus dieser Haltung heraus fordert der BDAJ von der Bundesregierung, dem Bundestag und der Europäischen Union:

1. Keine politische Anerkennung und keine Zusammenarbeit mit islamistischen Akteur*innen wie Hayat Tahrir al-Sham und deren Führung.
2. Politische Anerkennung, Schutz und aktive Unterstützung der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava sowie ihrer zivilgesellschaftlichen, feministischen und jugendlichen Strukturen.
3. Den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte und militärischen Kooperationen mit Staaten, die in Syrien und im Iran Menschenrechte verletzen oder islamistische Gruppen unterstützen.
4. Den Ausbau humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung, unabhängig von autoritären Regimen und Milizen.
5. Die Einrichtung gezielter Aufnahmeprogramme für politisch Verfolgte, Minderheiten, Journalist*innen, Aktivist*innen, Frauen und queere Menschen.
6. Klare öffentliche Verurteilungen und wirksame Sanktionen gegen Verantwortliche für Folter, Hinrichtungen und Repression im Iran.
7. Die systematische Einbindung von Minderheitenorganisationen, insbesondere alevitischer, kurdischer, jesidischer, christlicher und feministischer Akteur*innen, in politische Entscheidungsprozesse.

Erläuterung:

Der BDAJ steht seit seiner Gründung für den Einsatz gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Aus der eigenen Geschichte der Verfolgung von Alevit*innen leitet der BDAJ eine besondere Verantwortung für Solidarität mit bedrohten Gemeinschaften ab.

Der anhaltende Krieg in Syrien ist geprägt von Machtkämpfen, islamistischen Milizen und autoritären Akteur*innen. Insbesondere die von Abu Mohammad al-Jolani geführte Organisation Hayat Tahrir al-Sham steht für Terror, Gewalt gegen Zivilbevölkerung, die Verfolgung von Minderheiten und die systematische Unterdrückung von Frauen.

Demgegenüber existieren in Rojava basisdemokratische, säkulare und gleichberechtigte Selbstverwaltungsstrukturen, die ein friedliches Zusammenleben verschiedener ethnischer, religiöser und gesellschaftlicher Gruppen ermöglichen. Frauen nehmen dort eine zentrale Rolle in Politik, Gesellschaft und Selbstverteidigung ein.

Diese fortschrittlichen Strukturen sind durch militärische Angriffe, politische Isolation und fehlenden internationalen Schutz massiv bedroht.

Der Iran ist ein autoritärer, theokratischer Staat, der grundlegende Menschenrechte systematisch verletzt. Proteste für Freiheit, Frauenrechte und Demokratie werden brutal unterdrückt. Hinrichtungen, Folter und willkürliche Inhaftierungen gehören zum politischen Alltag.

In Rojhilat sind insbesondere Kurd*innen von systematischer Diskriminierung betroffen. Sprache, Kultur, politische Organisation und gesellschaftliche Teilhabe werden eingeschränkt. Frauen, Jugendliche und queere Menschen stehen im Fokus staatlicher Repression.

Der BDAJ setzt sich seit Jahren konsequent für Menschenrechte, Minderheitenschutz, Gleichberechtigung und demokratische Teilhabe ein. Der Kampf gegen antialevitischen Rassismus, gegen religiösen Extremismus und gegen autoritäre Strukturen ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

Aus dieser Haltung folgt: Schweigen angesichts von Unterdrückung ist keine Option. Solidarität ist Pflicht. Politische Haltung bedeutet, Verantwortung zu übernehmen.

Mit diesem Antrag bekräftigt der BDAJ seinen Anspruch, nicht nur symbolisch, sondern aktiv und dauerhaft an der Seite der Menschen in Rojava und Rojhilat zu stehen.